



24/SVV/0962

Antrag
öffentlich

Beeinflussung der Mietnebenkosten durch die LHP

| | |
|------------------------------------|----------------------------|
| <i>Einreicher:</i> Fraktion CDU | <i>Datum</i> 10.09.2024 |
|------------------------------------|----------------------------|

| | | |
|---|---|--------------------------------------|
| <i>geplante Sitzungstermine</i> 25.09.2024 | <i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | <i>Zuständigkeit</i> Entscheidung |
|---|---|--------------------------------------|

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob und wie Mietnebenkosten, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann, gesenkt werden können oder ein weiterer Anstieg verhindert werden kann. Insbesondere sind hierfür die Positionen

- Grundsteuer B
- Abfallgebühren
- Straßenreinigungsgebühren (einschließlich Schnee- und Eisbeseitigung)
- Gebühren für Wasser und Entwässerung (einschließlich Niederschlagsentwässerung)

zu betrachten. Darüber hinaus aber auch die Kosten für

- Fernwärmeversorgung und
- Energie

soweit diese Leistungen durch Unternehmen mit städtischer Beteiligung erbracht werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Sommer 2025 aufzuzeigen, wie die Landeshauptstadt ihren Einfluss auf die Entwicklung der aufgeführten Mietnebenkosten ausüben wird, um einen weiteren Anstieg derselben zu verhindern oder die Kosten im besten Falle zu senken.

Begründung:

Ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Mieten sind die Mietnebenkosten, die von den Mietern aufzubringen sind. In Vergleich mit den großen Städten in Deutschland steht Potsdam immer wieder unter den Städten mit den höchsten Nebenkosten. Im Rahmen der allgemeinen Debatte über die Mieten sollte allein schon durch die Befassung mit diesem Thema gezeigt

werden, dass wir in Potsdam dieses Thema ernst nehmen und keine Möglichkeit auslassen zu prüfen, wie die Belastungen vor allem der privaten Haushalte gesenkt werden können.

Entgegen der Ausführung der Verwaltung zu ähnlich gelagerten Anträgen in der Vergangenheit, ist diese Thematik im Bündnis für bezahlbares Wohnen der Landeshauptstadt Potsdam nicht vertieft worden. So sind Lösungsansätze die Kostenentwicklung zu beeinflussen weder in den Protokollen des Bündnisses noch im Wohnungspolitischen Konzept aufgezeigt.

Hilfreich für die Stadtverordneten wäre insoweit auch aufzuzeigen, wie deren Beschlüsse sich auf die Wohnnebenkosten auswirken. Bisher werden finanzielle Auswirkungen lediglich für den kommunalen Haushalt, nicht aber deren Auswirkung auf die Bürger der Stadt aufgezeigt. Durch Angabe der Kosten einzelner Beschlüsse für die Bürger, können die Stadtverordneten besser abschätzen, was sie mit ihren Beschlüssen den Bürgern abverlangen und gegebenenfalls aus Kostengründen auf den einen oder anderen Antrag verzichten und damit die Steigerung der Wohnnebenkosten aufhalten.

Anlagen:

Keine